Ressort: Politik

SPD dringt auf Ende der Abgeltungsteuer

Berlin, 29.10.2014, 09:42 Uhr

GDN - Mit dem automatischen Informationsaustausch in Steuerfragen gibt es nach Ansicht der SPD keine Rechtfertigung mehr für eine bevorzugte Besteuerung von Kapitalerträgen wie Zinsen, Dividenden und Veräußerungsgewinne: "Mit der Funktionsfähigkeit des Datenaustausches wird die Pauschalierung durch die Abgeltungsteuer ihren Grund verlieren", sagte Niedersachsens Finanzminister Peter-Jürgen Schneider (SPD) der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (Mittwochausgabe). An diesem Mittwoch wollen sich 50 Staaten verpflichten, Informationen über Konten und Kapitalerträge auszutauschen.

Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Carsten Schneider, forderte den Bundesfinanzminister auf, die Konsequenzen aus dem Fall des Bankgeheimnisses zu ziehen. "Wir haben die Abgeltungsteuer eingeführt, weil sich kaum kontrollieren ließ, wenn Unternehmen und Private Vermögen am Fiskus vorbei ins Ausland gebracht haben", sagte er der Zeitung. "Wenn dieses Problem durch einen vollständigen Informationsaustausch gelöst ist, sollten wir deshalb Vermögenserträge künftig wieder mit dem persönlichen Steuersatz besteuern", betonte Schneider.

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-43624/spd-dringt-auf-ende-der-abgeltungsteuer.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619